

## Presseaussendung

# Wirtschaftliche Effekte von Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada, den USA sowie Armenien, Moldau und Georgien

Die FIW-Studie "Modeling the Effects of Free Trade Agreements between the EU and Canada, USA and Moldova/Georgia/Armenia on the Austrian Economy: Model Simulations for Trade Policy Analysis" ist als kostenloser Download unter <http://fiw.ac.at> erschienen.

Eine Modellrechnung hat ergeben, dass bilaterale Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada und den USA sowie zwischen der EU und Armenien, Georgien und Moldawien einen Anstieg des österreichischen BIP von 2% bewirken könnten. Der größte Teil davon (1,6%) ergibt sich aus einer Steigerung der Investitionen, die ihrerseits auf einen Produktivitätsanstieg zurückzuführen sind. Dies ist eine Konsequenz des Wegfalls nicht-tarifärer Handelshemmnisse. Das sind die wichtigsten Ergebnisse einer Studie des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft, Jugend und Familie.

## Hintergrund

Die Europäische Union verhandelt derzeit über bilaterale Handelsabkommen erstens mit Kanada und zweitens mit Armenien, Georgien und Moldawien. Ein Abkommen mit Kanada würde bedeuten, dass die EU mit zwei der drei Mitglieder des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens (NAFTA) ein Abkommen hätte. Mit den USA, der dritten und tragenden Säule der NAFTA, gab es informelle Diskussionen über ein mögliches Abkommen, formelle Verhandlungen sind jedoch nicht geplant. Ein solches Abkommen hätte aber erhebliche Auswirkungen.

## Exportstruktur

Der Großteil der österreichischen Exporte ist für den EU-Binnenmarkt bestimmt: 68% der österreichischen Waren- und Dienstleistungsexporte gehen in andere EU-Mitgliedstaaten. Allerdings gehen bereits 7,1% der österreichischen Exporte in die USA. Betrachtet man nur die Exporte außerhalb der EU so gehen 23% davon in die USA; Kanada und die USA erhalten gemeinsam 25% der Exporte außerhalb der EU und 7,8% der gesamten Exporte.

---

Zum Vergleich: 3,4% der österreichischen Waren- und Dienstleistungsexporte entfallen auf Frankreich, 3,5% auf Großbritannien, 7,5% auf Italien und 29,9% gehen nach Deutschland. Das bedeutet, dass die NAFTA-Staaten in Summe eine größere Bedeutung für Österreich haben als Frankreich und Großbritannien zusammen; nur im Vergleich zu Deutschland fallen sie deutlich weniger ins Gewicht. Für Deutschland ist die US-Wirtschaft ein vergleichbarer Handelspartner wie Frankreich, Italien oder Großbritannien (auf sie fallen zwischen 7% und 8,5% der deutschen Exporte) und doppelt so wichtig wie China. Im Gegensatz dazu sind Armenien, Georgien und Moldawien wesentlich kleinere Handelspartner – wenn auch politisch bedeutende – und ein Freihandelsabkommen mit ihnen wird wahrscheinlich keine großen Auswirkungen auf die österreichische Wirtschaft haben.

## Handelspolitische Maßnahmen

Die Reduktion nicht-tarifärer Handelshemmnisse ist einer der Schwerpunkte aktueller handelspolitischer Verhandlungen. Das gilt nicht nur für Abkommen der EU (z. B. die laufenden Verhandlungen zwischen der EU und Kanada), sondern auch für die Verhandlungen rund um die transpazifische Partnerschaft. In der Studie werden daher nicht nur die Auswirkungen von Zollsenkungen analysiert, sondern auch die Auswirkungen solcher Maßnahmen, die eine Reduktion nicht-tarifärer Handelshemmnisse zum Ziel haben.

## Geschätzte Effekte

Ein Abkommen zwischen der EU und den USA hätte aufgrund der vergleichsweise großen Bedeutung der amerikanischen Wirtschaft die größten Auswirkungen auf Österreich. Die Senkung nicht-tarifärer Handelsbarrieren führt zu mehr Arbeitsproduktivität, höheren Löhnen und einem Anstieg der Beschäftigung um 0,6% in Österreich. Der Grund für den starken Anstieg der Arbeitsproduktivität (und somit der Löhne und Beschäftigung) liegt in der Natur der nicht-tarifären Handelsbarrieren. Firmen müssen sich dadurch auf höhere regulatorische Anforderungen einstellen, was mehr Ressourcen verbraucht und zu höheren Produktionskosten und somit höheren Preisen führt. Etwa die Hälfte der Auswirkungen der nicht-tarifären Maßnahmen auf Preise ist auf erhöhte Kosten zurückzuführen.

Insgesamt wirken sich die untersuchten Freihandelsabkommen positiv aus. Gemeinsam umgesetzt würden sie zu einem Anstieg des österreichischen BIP um 2% führen. Der größte Teil davon (1,6%) ergibt sich aus einer Steigerung der Investitionen. Dies ist auf den Anstieg der Produktivität zurückzuführen, vor allem wenn nicht-tarifäre Maßnahmen auf Waren gesenkt werden.

Wien, am 18. Jänner 2013

---

**Rückfragen bitte am Freitag, dem 18. Jänner 2013, zwischen 10 und 16 Uhr an**

Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw)

Prof. Joseph Francois, Tel. +43 676 716 4107, E-Mail: [francois@wiiw.ac.at](mailto:francois@wiiw.ac.at)

Mag. Olga Pindyuk, Tel. +43 1 533 66 10-56, E-Mail: [pindyuk@wiiw.ac.at](mailto:pindyuk@wiiw.ac.at)

---

Der "Forschungsschwerpunkt Internationale Wirtschaft" (FIW) wird im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend (BMWFJ) im Rahmen der Internationalisierungsoffensive der Bundesregierung von drei Instituten – Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO), Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw), Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Rechenzentrum (WSR) – betrieben. Er bietet Zugang zu internationalen Außenwirtschafts-Datenbanken, eine Forschungsplattform und Informationen zu außenwirtschaftsrelevanten Themen.

Die FIW-Studien 2012/13 zeigen die Ergebnisse von den vier Themenbereichen "Mikrodaten und Außenwirtschaft", "Modellierung der Auswirkungen von EU-Freihandelsabkommen", "Die Wirtschaftskrise und internationale Makroökonomie" und "Umwelt, Umwelttechnologie und Außenwirtschaft", die im Rahmen des "Forschungsschwerpunkts Internationale Wirtschaft" (FIW) Ende 2011 vom Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend (BMWFJ) ausgeschrieben und aus Mitteln der Internationalisierungsoffensive finanziert wurden.

Für die Inhalte der Policy Briefs sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich.

**Kontakt:**

FIW-Projektbüro

Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung – WIFO

1030 Wien, Arsenal, Objekt 20

Telefon: (+43 1) 798 26 01-335

E-Mail: [fiw-pb@fiw.at](mailto:fiw-pb@fiw.at)

Webseite: <http://www.fiw.at/>

---